These 6

Die Ereignisse von 1989/90 waren präzedenzlos – mit Blick auf die friedliche Revolution ebenso wie mit Blick auf die Gestaltung der deutschen Einheit. Es gelang nach dem Fall der Mauer innerhalb von elf Monaten die Wiedervereinigung zu erreichen und damit der Dynamik der beiden Prozesse und den hohen Erwartungen der Menschen zu entsprechen.

— . . . —

Eine einmalige historische Situation – Friedliche Revolution und deutsche Einheit

Hanns Jürgen Küsters

I. Ausgangslage

Nach den Rückschlägen in der Entspannungspolitik Ende der 1970er Jahre bewahrten nur wenige Deutsche den Glauben an die Wiedervereinigung. Die Regierung Kohl hielt an diesem Ziel in den 1980er Jahren in Kontinuität zu den Prinzipien Konrad Adenauers unverändert fest.

Die Ausgangslage im Sommer 1989 war von unterschiedlichsten Faktoren geprägt. Ausschlaggebendes Moment war die Reformpolitik in der Sowjetunion und der grundlegende Wandel der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Bei der Durchsetzung seiner Perestroika setzte Michail Gorbatschow zunehmend auf die Hilfe der Bundesrepublik und eine verstärkte deutsch-sowjetische Kooperation.

Stärker als damals von der Öffentlichkeit wahrgenommen, wurde die Entwicklung in Polen mit der neuen demo-

kratischen Regierung Mazowiecki von den westlichen Staats- und Regierungschefs als Testfall für mehr politische Freiheit und Selbstbestimmung in Osteuropa begriffen. Für Helmut Kohl war dies der Ansatzpunkt, die Aussöhnung in den deutsch-polnischen Beziehungen zu erreichen.

Die neu amtierende Regierung in Washington maß den deutsch-amerikanischen Beziehungen durch die Formel „partner in leadership“ einen besonderen Stellenwert bei. Präsident George H. W. Bush brachte dies bei seinem Deutschland-Besuch im Mai/Juni 1989 deutlich zum Ärger der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zum Ausdruck.

In den Beziehungen zur DDR führte die Regierung Kohl ihre Politik der schrittweisen Verbesserung der Kontakte und Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen fort und hielt unvermindert die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutsche aufrecht. Gorbatschow bestätigte dies erstmals nach dem Kriege in der Gemeinsamen Erklärung, die während seines Besuchs Mitte Juni 1989 in Bonn verabschiedet wurde.

In der DDR verstärkten die Reformunwilligkeit der SED-Führung und Erich Honeckers ablehnende Haltung gegenüber der sowjetischen Reformpolitik die Perspektivlosigkeit der Bevölkerung. Die im August beginnende Fluchtbewegung nach Ungarn und die Besetzung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin setzten Honecker zusätzlich unter Druck. Die Entscheidung der ungarischen Regierung, die Grenze nach Österreich zu öffnen, war ein weiterer entscheidender Schritt. Tausende Botenschaftsflüchtlinge in Prag, Budapest und Warschau sowie die im Oktober entstehenden Bürgerbewegungen und zunehmenden Massendemonstrationen in der DDR trugen maßgeblich zur weiteren Destabilisierung des SED-Regimes bei.

Im Herbst 1989 lief die Strategie der Bundesregierung zunächst auf ein Junktim hinaus, nämlich umfangreiche

Wirtschafts- und Finanzhilfe für die DDR von der Gewährung der Freizügigkeit und politischer Reformen, vor allem der Abschaffung des Machtmonopols der SED, der Zulassung von Oppositionsgruppen und der Abhaltung freier Wahlen, abhängig zu machen. Damit blieb die Bundesregierung ihrer seit 1950 vertretenen Linie treu, als erster Schritt zur Wiedervereinigung müsse den Menschen in der DDR das Recht auf Selbstbestimmung gewährt werden.

II. Mauerfall und freie Wahlen in der DDR

Der Fall der Mauer war in seinem Ereignisablauf ein glücklicher Zufall und zu diesem Zeitpunkt von niemandem erwartet worden. Voraussetzung für den friedlichen und unblutigen Verlauf der Revolution und den Zusammenbruch der DDR war der Verzicht der sowjetischen Führung auf den Einsatz militärischer Mittel, über den bis in den Januar 1990 hinein Politiker und Militärs noch heftig stritten. Dem stand von Seiten des Westens der Verzicht gegenüber, die Schwäche der Sowjetunion einseitig auszunutzen.

Mit drei Grundsatzentscheidungen entschloss sich Bundeskanzler Helmut Kohl über die Jahreswende 1989/90, die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Angriff zu nehmen: Zum einen verwarf er das im November 1989 verkündete Konzept einer Vertragsgemeinschaft (Zehn-Punkte-Plan) und strebte die Wiedervereinigung in Form einer bundesstaatlichen Lösung so schnell wie möglich an. Zum anderen beabsichtigte er, mit Hilfe einer deutsch-deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion den ersten Schritt zur innerstaatlichen Wiedervereinigung zu erreichen. Zudem forcierte er gleichzeitig den europäischen Integrationsprozess. Schließlich erklärte sich Gorbatschow im Februar 1990 bereit, den Deutschen in der DDR das Selbstbestimmungsrecht durch freie Wahlen zu gewähren.

Der Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ bei den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 in der DDR markierte einen wichtigen Meilenstein. Mit der Abstimmung waren letzte Zweifel an dem Willen der Deutschen zur Einheit ausgeräumt. Innen- wie außenpolitisch erfolgte der Durchbruch im Mai/Juni 1990. Elementare Voraussetzung war die zügige Einführung der D-Mark und damit der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR zum 1. Juli 1990.

III. Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Zweck des Vertrages war die Schaffung eines einheitlichen deutschen Währungsgebietes mit der Deutschen Bundesbank als Währungs- und Notenbank. Grundlage der angestrebten Wirtschaftsgemeinschaft, ergänzt durch die Sozialunion, war die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftsordnung beider Vertragsstaaten auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Die DDR sollte sich in diesem Zusammenhang zur Änderung, Ergänzung oder Übernahme umfangreicher Gesetze verpflichten. Umstritten waren so wichtige Fragen wie die Festlegung der Umstellungsmodalitäten für laufende Zahlungen und für Bestände an Bargeld, Sparguthaben und Verbindlichkeiten, die Klärung der Eigentumsfragen, aber auch Fragen, die für die Bundesrepublik mit hohen finanziellen Anschubfinanzierungen bzw. Sozialleistungen verbunden waren, wie zum Beispiel der Leistungsumfang und die Höhe des Leistungsniveaus in den Sozialversicherungssystemen, die Höhe der Sozialhilfe, die Einbeziehung von Arbeitsförderungsmaßnahmen in die Sozialversicherung, Lohnfortzahlungsregelungen und die Mitfinanzierung durch die bundesdeutsche Rentenversicherung.

Als besonders strittig stellte sich die Frage des Umtauschkurses dar, der zugleich eine Wertbemessung der

Güter in der DDR bedeutete. Angesichts der Wirtschaftslage der DDR konnten Enttäuschungen schnell zu sozialen Spannungen führen, besonders wenn die Vorwirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf den Beschäftigungsbereich durchschlagen würden, ohne dass das hierfür erforderliche soziale Netz geknüpft war.

Als der Vertrag im Mai 1990 unterzeichnet wurde, hatte sich die innenpolitische Lage für die Bundesregierung nach der verlorengegangenen Landtagswahl in Niedersachsen drastisch verändert. Die Regierungskoalition besaß im Bundesrat keine Stimmenmehrheit mehr. Nunmehr benötigte die Bundesregierung für den zweiten Staatsvertrag, der die Einigung besiegeln sollte und ohne Änderungen des Grundgesetzes nicht zu bewerkstelligen war, die Stimmen der SPD für eine Zweidrittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag. Somit war die Bundesregierung zu einem Arrangement mit den Sozialdemokraten gezwungen.

IV. Einigungsvertrag

Während auf Betreiben von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Bundesregierung nur das Notwendigste an der bestehenden Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik ändern wollte, sah die SPD die Chance zu einer umfassenderen Revision des Grundgesetzes. Mit der Festlegung auf den Beitritt der DDR über Artikel 23 GG wehrte die Regierung Kohl Forderungen nach weitreichenden Veränderungen an dem bundesdeutschen politischen und gesellschaftlichen System ab.

In den Verhandlungen über den Einigungsvertrag verliefen die Konfliktlinien weniger zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR. Vielmehr machten sich Spannungen zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern bemerkbar, die im Verhältnis zum Bund gleich-

gewichtige Mitverantwortung für den deutschen Einigungsprozess forderten. Die Auseinandersetzungen konzentrierten sich im Wesentlichen auf die beitriffsbedingten Änderungen des Grundgesetzes, die Haushalts- und Finanzhilfen, Fragen der Überleitung des Bundesrechts und der öffentlichen Verwaltungen, Änderungen des §218 StGB und die Stimmrechtverteilung im Bundesrat. Hinsichtlich der Präambel wollte der Bund lediglich die Vollendung der Einheit zum Ausdruck bringen, während die SPD-geführten Landesregierungen den Gedanken der Verantwortung für unterentwickelte Gebiete der Erde, den Umweltschutz, das Recht auf Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Kultur als Staatsziele berücksichtigt sehen wollten. Ein weiterer zentraler Konfliktpunkt waren die Kosten der Einheit, über deren Finanzierung Bund und Länder von Beginn an stritten. Während der Bund sich mit der Beteiligung der Länder an dem Mitte Mai 1990 vereinbarten Fonds Deutsche Einheit nicht zufrieden geben wollte, erkannte die DDR-Regierung zunächst nicht den Vorteil, an dem Länderfinanzausgleich beteiligt zu werden. Der Einbeziehung der in der DDR neu entstehenden Länder in dieses Ausgleichssystem stimmten die Länder der Bundesrepublik nur nach einer Übergangszeit zu. Zugleich setzten sie eine neue Stimmengewichtung im Bundesrat durch, wodurch das politische Gewicht der bevölkerungsstarken und finanzkräftigeren Länder gewahrt blieb.

Immer lauter werdende Stimmen in der DDR nach sofortigem Beitritt und die Koalitionskrise der Regierung de Maizière, die Mitte August 1990 zur Entlassung der SPD-Minister führte, erhöhten den Verhandlungsdruck. Noch bevor der Einigungsvertrag fertig ausgehandelt war, drängte vor allem die DSU auf einen Beschluss über den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, dem die Volkskammer in der Nacht zum 23. August zustimmte. Eine

Woche später, am 31. August, wurde der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR-Regierung unterzeichnet. Nachdem der Deutsche Bundestag und schließlich die Volkskammer am 29. September den Vertrag verabschiedet hatten, waren die Voraussetzungen für dessen Inkrafttreten zum 3. Oktober 1990 erfüllt.

V. Zwei-plus-Vier-Vertrag

Eine ebenso große Anzahl verschiedenster Faktoren begünstigte den Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Die bedingungslose Politik der Westbindung von Seiten der Regierung Kohl war die entscheidende Voraussetzung für die Unterstützung der Wiedervereinigungspolitik durch die amerikanische Regierung. Gleich welche anderen Angebote die Sowjetunion zur Lösung der deutschen Frage unterbreitet hätte, die Regierung Bush hätte – wie alle anderen amerikanischen Regierungen der Nachkriegszeit – ihre Zustimmung verweigert.

Die Abfederung der Verhandlungsergebnisse seitens der Westmächte durch die Änderung der NATO-Strategie und massive Finanzhilfen der Bundesregierung erleichterten der sowjetischen Führung die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands.

Die bewusste gleichzeitige Forcierung der europäischen Integration durch die Regierung Kohl war eine weitere wichtige Voraussetzung, Bedenken der französischen Regierung zu mindern. Indem Präsident François Mitterrand sicher sein konnte, Bundeskanzler Kohl würde die Einbindung des wiedervereinten Deutschlands in die Europäischen Gemeinschaften fortsetzen und die deutsch-französische Achse weiterhin intakt bleiben, war der Widerstand letztlich nicht mehr aufrechtzuerhalten. Zudem stellte die von Helmut Kohl erneuerte Verzichtserklärung auf ABC-

Waffen einen bedeutsamen Faktor für Frankreich und die übrigen Westmächte dar.

Die britische Premierministerin Thatcher änderte ihre ablehnende Haltung zur Wiedervereinigung zwar nicht; sie war aber auch angesichts der Unterstützung der Regierung Bush für den Wiedervereinigungsprozess nicht in der Lage, sich dem zu widersetzen. Die selbst gewählte Isolierung führte dazu, dass sich die britische Diplomatie die Chance entgehen ließ, aktiv auf die Wiedervereinigung Einfluss zu nehmen.

Dank der engen Kooperation zwischen Bonn und Washington gelang es, solche Vorbehalte weitgehend außen vor zu halten, die Sowjets durch ein schnelles Verhandlungstempo bei der Regelung der inneren Fragen der Einheit unter Zugzwang zu setzen und ihnen die Zustimmung zur äußeren Einheit Deutschlands abzurufen.

Der Westen und vor allem die Bundesregierung waren stets bemüht, die Sowjetunion nicht als Verlierer des Kalten Krieges dastehen zu lassen. Jede Partei konnte in dem Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen für sich einen Erfolg verbuchen. Die Regierungen in Bonn und Washington hatten ihre Hauptziele – die Wiedervereinigung zur Maximalbedingung der Westbindung – erreicht. Für Michail Gorbatschow war die Lösung der deutschen Frage die geeignete Trumpfkarte, akute Wirtschaftsprobleme im eigenen Land zu lösen, in der Hoffnung, damit längerfristig den Bestand des Sowjetimperiums zu sichern. Premierministerin Thatcher erlebte eine ihrer wenigen außenpolitischen Niederlagen, konnte aber als Trost mit der Bindung Deutschlands in der NATO und an den Westen leben. Präsident Mitterrand und die übrigen EG-Partner hatten mit dem beginnenden Stufenplan für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, die ebenfalls am 1. Juli 1990 erfolgte, eine festere Bindung der deutschen Währung und Wirtschaftskraft an die EG-Staaten in Aussicht. Sie konn-

ten sicher sein, an den militärischen Machtverhältnissen in Westeuropa würde sich nichts ändern.

Oftmals wird übersehen, dass jederzeit alternative Entwicklungen möglich gewesen wären. Denn sicherlich hatten die Deutschen auch Glück: dass Gorbatschow 1985 an die Macht kam, er die Reformentwicklung in Polen und Ungarn 1989 nicht blockierte, die Massenflucht nach Ungarn, Prag und Warschau einsetzte, Massendemonstrationen in der DDR den Untergang der SED-Herrscher beschleunigten und die Sowjetführung nach dem Mauerfall auf den Einsatz militärischer Gewalt verzichtete.

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung, allen voran Helmut Kohl, bewies nach einer vorübergehenden Phase des Abwartens im November/Dezember 1989 viel politischen Instinkt, Verhandlungsgeschick und Durchsetzungskraft bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung. So konnte die deutsche Einheit in einer einmaligen historischen Situation schneller wiederhergestellt werden, als viele Deutsche sich das nach vier Jahrzehnten Teilung noch vorzustellen vermochten.